

Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Nr. 133

Mittwoch, den 11. Juni 1919

47. Jahrgang

Eine Erklärung Wilsons.

(TU) Aus London wird gemeldet: Die „Daily News“ veröffentlicht eine Meldung ihres Korrespondenten in Wien, in der dieser erklärt, daß die von einigen Londoner Blättern ausbreitete Behauptung, daß „Wilson habe die Friedensbedingungen als vollkommen übereinstimmend mit seinen 14 Punkten erklärt“, falsch ist. Daß sie gerade jetzt, im kritischen Augenblick der Umänderung der Bedingungen, in die Welt gesetzt werde, sei von sehr fataler Bedeutung. Zur Nichtigstellung der Angelegenheit ist das Blatt zu dem Zweck ernannt worden, daß Wilson nie etwas Ähnliches in Zeitungen oder privaten Gesprächen behauptet habe. Tatsächlich ist dieses Demotiv gleichzeitig mit der Behauptung, daß der Präsident weder irrtümlich noch ein Lügner sei, veröffentlicht worden.

Der Pariser Mitarbeiter der dem „Präsidenten“ nachfolgenden „Neuhof“ World drahtet: Wenn es auch offiziell nicht angegeben wird, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß der Friedensvertrag für Deutschland bedeutend verändert werden wird. Verschiedene deutsche Wünsche werden in einer Form gebracht werden, die den Deutschen annehmbarer und auch erfüllbarer sein wird. Dadurch ist die Gefahr einer ersten Krise bedeutend vermindert worden.

Die Opposition gegen Wilson.

„New York Times“ erklärt, daß die Senatoren Kongressmitglieder mit Wilson gegen die Friedensbedingungen protestiert und gegen die Bedingungen vorgeworfen wird, daß er Deutschland getäuscht habe. Der Kongress erhebt die Ratifizierung des Friedensvertrages nicht zulassen, weil die Grundzüge der wahren Demokratie mit diesen Bedingungen nicht vereinbar seien. Dieser Vertrag werde einen Frieden bringen, sondern nur den Keim zu neuen Kriegen legen.

Besehung von Hamburg und Danzig?

(TU) Nach der Kopenhagener „National-Entente“ sollen große Flottenabteilungen der Entente nach Hamburg und Danzig unterwegs sein, um diese Häfen im Falle der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland zu besetzen. Die Entente hat die Absicht, die beiden Städte zu besetzen, falls die deutschen Behörden nicht die Forderung der Entente anerkennen. Die Entente hat die Absicht, die beiden Städte zu besetzen, falls die deutschen Behörden nicht die Forderung der Entente anerkennen.

Englands Festsetzung in der Ostsee.

Aus Reval wird gemeldet, daß zwischen der englischen und der finnischen Regierung ein Abkommen getroffen sein soll, nach dem sollen die Engländer die Insel Döbel besetzen und als Pfand für die Entente durch England und andere Nationen. 50 englische Kriegsschiffe sollen in Reval, Delsingfors und Vörs stationiert werden.

Volksabstimmung in Oberschlesien und Ostpreußen.

„Daily Telegraph“ berichtet aus maßgebender Stelle in Paris, daß der Rat der Vier die Frage beschlossen hat, daß eine Volksabstimmung in den strittigen Gebieten von Oberschlesien und Ostpreußen abgehalten werden soll. Dieser Beschluß steht nicht im Gegensatz zu den Bedingungen des Deutschland angebotenen Friedensvertrages.

Wir werden unser Cedesurteil nicht unterzeichnen.

In der Wiener „Neuen Freien Presse“ gibt ein Korrespondent anlässlich seines Empfangs von Grafen Brockdorff-Rantzau einige Urteile des Staatsmannes auf verschiedene Punkte. Im Verlaufe des Gesprächs sagte er: Ich glaube, daß die innere Vernunft und die innere Gerechtigkeit den Lauf der Dinge nicht aufhalten können. Die Dinge werden sich auf die eine oder andere Weise entscheiden. Ich glaube, daß die innere Vernunft und die innere Gerechtigkeit den Lauf der Dinge nicht aufhalten können. Die Dinge werden sich auf die eine oder andere Weise entscheiden.

Regierung in Berlin. Niemand will zurücktreten. Was geschieht wird, wenn die Gegner kein Verständnis für unsere Haltung zeigen, weiß ich nicht. Aber eines ist sicher: Der Entschluß Deutschlands wird von der Delegation und der Regierung einheitlich gefaßt und das deutsche Volk wird hinter ihm stehen. Der Berliner Berichterstatter des „Temps“ wurde von Dr. David in Audienz empfangen, welcher ihm erklärte, es gebe innerhalb des deutschen Kabinetts keinerlei Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Nichtunterzeichnung der gegenwärtigen Friedensbedingungen. David fragte: Wir alle verstehen, was die Verfallenen Friedensbedingungen für uns bedeuten. Wir wissen, daß wir uns den militärischen Maßnahmen nicht widersetzen können. Aber andererseits wissen wir auch, daß man das deutsche Volk nicht vernichten kann, und daß die Entente unter den augenblicklichen Umständen ihre Bedingungen nicht gewalttätig aufzwingen kann. Wenn wir unterzeichnen, verurteilen wir uns und unsere Nachkommen zu längerer Sklaverei, wenn wir nicht unterzeichnen, dann werden Blockade und andere Maßnahmen der Entente unüberwindlich. Die europäischen Zivilisationen bedeuten könnten. Zum Schluß erklärte Dr. David, daß die deutschen Gegenentwürfe bis an die äußerste Grenze dessen gingen, was Deutschland ertragen und erfüllen könnte.

Prinz Max von Baden über den Friedensvertrag.

Unter der Überschrift „Der Kampf um das Recht“ schreibt Prinz Max von Baden im Berliner Tageblatt: Der Vertrag der 14 Punkte ist gebrochen worden. Ich will den Nachweis noch einmal im einzelnen führen. Dieser Vertrag bringt keinen Frieden, sondern einen dauernden Kriegszustand. Wenn wir weiterhin unsere Sache ehrlich führen und auch nicht den leichsten Versuch machen, zu unseren Gunsten etwas von der vereinbarten Rechtsbasis abzuweichen, so führen wir die Sache der Menschheit. Europa ist rettungslos zum Chaos verurteilt, wenn dieser Vertrag verurteilt wird.

Politischer Rückzug der Entente in Ungarn.

Clemenceau hat an die ungarische Regierung in Pest folgendes drahtloses Telegramm gerichtet: „Die alliierten und die assoziierten Regierungen sind im Begriff, die Vertreter der ungarischen Regierung nach Paris zur Friedenskonferenz zu berufen, um dort die Mitteilung der Anschauungen über die gerechten Grenzen Ungarns entgegenzunehmen. Dies geschieht gerade in dem Augenblick, da die Ungarn gegen die Tschecho-Slowaken ungesetzliche Angriffe unternehmen und in die Slowakei eindringen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben indes bereits ihren festen Willen kundgetan, all diesen unmöglichen Forderungen ein Ende zu setzen, indem sie zweimal den rumänischen Armeen, die die im Waffenstillstand vorgesehenen Grenzen und dann diejenigen der neutralen Zone überschritten hatten, Halt geboten und indem sie sie an der Fortsetzung ihres Marsches auf Pest dadurch hinderten, daß sie die serbischen und französischen Armeen an der Südfrente Ungarns aufhielten. Unter diesen Umständen wird die ungarische Regierung formell eingeladen, unverzüglich ihren Angriffen gegen die Tschecho-Slowakei ein Ende zu setzen, widrigenfalls die verbündeten und assoziierten Regierungen fest entschlossen sind, sofort zu den äußersten Mitteln zu greifen, um Ungarn zur Einstellung der Feindseligkeiten zu zwingen, sich dem unerschütterlichen Willen der Verbündeten zu fügen, daß ihre Befehle geachtet werden. Die Verantwortlichen dieses Telegramms hat innerhalb einer Frist von 48 Stunden zu erfüllen.“

Die ungarische Gesandtschaft teilt mit: Die ungarische Regierung erhielt Samstag nacht auf funktentelegraphischem Wege aus Prag eine französische verpackte Depesche, wonach Vertreter der ungarischen Regierung von den Entente-Regierungen nach Paris zur Friedenskonferenz berufen und Ungarn aufgefordert wird, den Forderungen der Entente zu befehlen. Da die ungewohnte Form und ganz besonders der Übermittlungsweg dieser angeblich aus Versailles stammenden drahtlosen Depesche der Regierung zuerst nicht ganz einwandfrei erschien, beauftragte sie den Volkskommissar für Außenwesen durch die Wiener Gesandtschaft sich Gewissheit über die Authentizität dieser Drachung zu verschaffen.

Deutschösterreichs Verständigungswille gegenüber Italien.

Die konstituierende Nationalversammlung hielt Samstag eine außerordentliche Sitzung ab, in der Staatssekretär Bauer die vernünftigen Wirkungen der Friedensbedingungen für die Lebensfähigkeit Deutschösterreichs darlegte. In der Besprechung der Südtiroler Frage erklärte der Staatssekretär: „Vor ersten Tage an war es der Staatsregierung klar, daß wir Deutsch-Südtirol nur retten können, wenn es

uns gelingt, mit Italien zur direkten Verständigung über die Südtiroler Frage zu gelangen. Italien selbst zum Verzicht auf jene deutschen Gebiete zu bewegen. Durch diese Erwägung war schon seit November unsere Politik bestimmt. Wir haben der italienischen Regierung schon vor Monaten einen Vertragsentwurf unterbreitet, demgemäß Deutsch-Südtirol zwar staatsrechtlich und wirtschaftlich bei uns bleiben, aber in militärischer Beziehung neutralisiert werden sollte. Es war der italienischen Regierung bisher aus Gründen, die wir verstehen und die wir achten, nicht möglich, mit uns in direkte Verhandlungen einzutreten. Unser Vorschlag ist bisher unbeantwortet geblieben. Aber wir hoffen, daß die italienische Regierung nicht ablehnen wird, bei den Verhandlungen in St. Germain diesen Vorschlag zu erörtern. Wir würden uns bei einer solchen Erörterung zu jedem Opfer bereit finden, um die deutschen Gebiete Trost in staatlichem und wirtschaftlichem Verstande mit uns zu behalten. (Beifall und Gänkeklatschen.) Die österreichisch-ungarische Monarchie konnte eine dauernde Freundschaft mit Italien nicht begründen. Das deutsche Volk aber, das kein italienisches Dorf beherrschen wird und beherrschen will, kann in dauerndem Frieden mit Italien leben und es darf hoffen, sich allmählich die herzliche Freundschaft der italienischen Nation zu erwerben. Es ist ein Unglück für beide Völker, ein Unglück für den Frieden Europas, wenn die Annexion Deutsch-Südtirols diese natürliche Entwicklung verhindert. Darum glauben wir, daß es das wohlverstandene eigene Interesse Italiens ist, mit uns gemeinsam eine Lösung der Südtiroler Frage zu suchen, die dem strategischen Bedürfnisse Italiens genügt und dabei doch Deutsch-Südtirol nicht vergewaltigen soll.“ — Am Schluß der Sitzung stellte Präsident Seitz fest, daß aus den Erklärungen aller Redner hervorgehe, daß ganz Deutsch-Österreich mit dem Staatssekretär darin übereinstimme, daß der Friedensentwurf unerschütterlich sei, und erklärte: Wir geloben Treue unseren bedrohten Brüdern im Kampf gegen die Unterdrückung; wir hoffen, daß es den Unterhändlern in St. Germain gelingen wird, die Bedingungen zu mildern. Sollte es aber nicht gelingen, so möge die Welt wissen, es stirbt kein Volk, auch nicht das Volk Deutschösterreichs. (Stürmischer Beifall.) Man kann ein politisches und soziales Chaos schaffen, in dem alles untergeht, was wir an Kultur und Werten besitzen, dann werden wir aber nicht allein leiden und nicht für immer leiden. Wir werden uns wieder erheben zu neuem Leben und uns angliedern als freier Staat an die große deutsche Republik. (Langanhaltender Beifall und Heulrufe.)

Gegen das Deutsche Wesen.

Die Neue Freie Presse berichtet über ein Gespräch mit Scheidemann, in welchem der Ministerpräsident hervorhebt, daß die Bedingungen der Entente für Deutschland und Deutsch-Österreich das gemeinsame haben, daß sie sich überall gegen das deutsche Wesen richten. Wo die Grenze neu gezogen werde, gehe dies zum Nachteil der Deutschen ohne Rücksicht auf uraltes deutsches Recht. Am bittersten würde aber die Absicht, das deutsche Volk dauernd nach fremden Befehlen regieren zu lassen, gegen welche es keinen Widerspruch geben sollte. Dies bedeute die Vernichtung der Souveränität in Deutschland und Deutschösterreich. Die Bedingungen der bisherigen Form könnten von keiner verantwortlichen Regierung unterschrieben werden. Aber selbst bei dem Zustandekommen von Friedensschüssen, welche sich in den Grenzen des Erfüllungsbereiches halten, sei die Zukunft der jungen deutsch-österreichischen Republik ebenso düster, wie die Zukunft der deutschen Republik. Doch gerade die gemeinsame Not und das gemeinsame elendete Unrecht werde noch enger verbinden und trotz aller Versuche, Entfremdung und Zwiespalt zwischen Deutschösterreich und Deutschland zu säen, durch diese gemeinsamen Leiden zu gemeinsamer Zukunft führen.

Der Haß Clemenceaus und seiner Genossen.

„Temps“ meldet, daß der Viererrat, der in seinen vorhergehenden Sitzungen eine allgemeine Gesamtsitzung des deutschen Gegenwärtigen vorgenommen hatte, Dienstag vormittag die Prüfung der von den verschiedenen Ausschüssen vorgelegten Berichte über die einzelnen Fragen des deutschen Gegenwärtigen begann und nachmittags fortsetzte. Eine Anzahl dieser Berichte, und zwar gerade die wichtigsten, sind noch nicht überreicht. Es handelt sich um die Berichte der Ausschüsse für die Territorialfragen (Grenzen Deutschlands mit Belgien und Schwaben), für die Obergrenzen Deutschlands, für wirtschaftliche Fragen, Gassen und Schiffahrtswege. Der Ausschuss für die Gesellschaft der Nationen konnte sich über die Bedingungen für die Zulassung Deutschlands zur Gesellschaft der Nationen nicht einigen. Es beschränkte sich darauf, dem Viererrat das Protokoll über die Diskussion zuzustellen. Die Berichte der Ausschüsse über die Wiedergutmachung und die Finanzfragen wurden genau überreicht. Die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde steht immer noch im Vordergrund der Berichterstattungen. „Liberté“ erklärt, Clemenceau

verweigere kategorisch jede Abänderung des ursprünglichen Entwurfes. Wenn gleich die geistigen Nachrichten eine Entspannung der Lage erkennen ließen, so sei die Lage doch ernst und unerwartet, denn bis in die letzten Tage sei der Viererrat vollkommen einig gewesen. Clemenceaus energische Haltung scheint doch einen gewissen Eindruck gemacht zu haben. — „Bon Jour“ berichtet sogar, man lege Clemenceau die Absicht bei, alles wieder in Frage zu stellen, auf die Gefahr hin, sich mit den Alliierten zu überwerfen. Wohin steuern wir? fragt das Blatt. — „Journal des Debats“ erklärt, die ungeheure Mehrheit der Franzosen wolle die „widerliche Verührung mit den Deutschen vermeiden.“ Das Blatt schreibt: Wir wollen nicht in einem Hause der Gesellschaft der Nationen leben, in welches auch so „überläufige Leute“ Zutritt haben.

Der Achtstundentag in französischen Bergwerken.

Die Pariser Abendblätter melden, daß die Kammer Dienstag vormittag alle Artikel der Gesetzesvorlage auf Einführung des Achtstundentages in den Bergwerken vom 16. Juni an mit großer Stimmenmehrheit annahm. Als die Kammer die Vorlage an die Annahme wollte, erklärte Doumer, daß dadurch, daß Einfahrt und Ausfahrt und die Mittagspause einbezogen seien, die tatsächliche Arbeitszeit nur 7 1/2 Stunden betragen würde und in der Förderung ein ungeheurer Ausfall entstehen würde. Die Regierung sei nicht in der Lage, die Vorlage anzunehmen, und bitte, die Vorlage an den Ausschuss zurückzugeben und eine zweite Lesung vornehmen zu lassen. Nach langer Debatte, in der sozialistische Deputierte und der Vorsitzende des zuständigen Ausschusses den Antrag Doumers bekämpften, beschloß die Kammer mit 351 gegen 133 Stimmen, für Mittwoch die zweite Lesung anzusetzen.

Abblauen oder Generalstreik in Paris?

Der Amsterdamer „Telegraaf“ meldet unter dem 10. Juni, daß in Paris wie in der Provinz die Bewegung zugunsten der Wiederaufnahme der Arbeit überall Boden gewinnt. Es handle sich nur um einen missglückten Versuch einer internationalen Kundgebung, die mehr politischer als berufsmäßiger Natur sei. Die Arbeitervertreter Frankreichs, Englands und Italiens hätten eine große gemeinsame Kundgebung beschlossen, daß sie nicht bereit seien, diese Kundgebung zu unterstützen. Die Exekutivkommission vor allem verurteilte die Bewegung zu hintertreiben, die durch die Uebereilung, mit der sie ins Leben gerufen wurde, zum Mißglücken verurteilt ist.

Zunehmende Streikagitation in Italien.

Wie der „Secolo“ aus Neapel berichtet, gleicht die Stadt einem Feldlager. Die Agitation ist im Zunehmen. Die Delegiertenversammlung der Arbeitervereine tagt in Permanenz. In verschiedenen Stadtteilen wurden Barrikaden gebaut und fanden Zusammenkünfte mit der Polizei, Soldaten und Carabinieri statt. Die Verwundeten der Streikenden wurden von diesen in Privatwohnungen geschickt. Man befürchtet schwere Ereignisse.

Kronstadt brennt.

Savva meldet offiziell aus Helsingfors: In einer Länge von 70 Kilometern tobte auf der ganzen Front zwischen den finnischen weißen Garben und den Bolschewisten der Kampf. Artilleriekämpfe sind vor Kronstadt entbrannt. Die Festung wurde zweimal mit schweren finnischen Geschützen beschossen und brennt an mehreren Stellen. Bolschewistische Batterien erwidern das Feuer.

Offiziere aus dem Mannschafsstande.

Durch das Volksbüro wird geschrieben: Die Regierung bestellte eine Anzahl Leutnants aus dem Mannschafsstande. Die erste Rate der Unteroffiziere wurde dieser Tage zu Leutnants befördert. Es sind dies alles erprobte Männer, die in den Kämpfen um das Dasein Deutschlands sich in die vorderste Linie gestellt haben und treu der Regierung beigekommen haben, als schwere Erschütterungen den Bestand des Reiches bedrohten. Reichsminister Roste sprach persönlich den Beförderung seinen Glückwunsch aus und gab seiner Freude Ausdruck, daß endlich das Ziel, für das er seit Jahrzehnten gekämpft habe, verwirklicht sei: Die Ueberbrückung der Kluft zwischen Mannschaften und Offizieren. In einer längeren Ansprache wies der Reichswehrminister die Neubeförderung auf ihre Aufgaben hin, besonders auch darauf hinzuwirken, daß ein Band starken Vertrauens die Reichswehr, die Unteroffiziere, Mannschaften und Offiziere und ihn umfänge. Einträglich wurde den Neubeförderung ihre Pflicht als Herz gelegt, die durch die Beförderung zu Offizieren ihnen erwachsen sei, durch großen Eifer, Umficht und Klugheit zu beweisen, daß nur wirkliche Tüchtigkeit zum wahren Führer werden lasse.

Namen, 1. Juni. (Verfälschtes.) Nach der Verordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Denobilung vom 4. Januar 1919 in den Kriegshinterbliebenen bei der Befassung in den Arbeitsstellen angemessen berücksichtigt werden. Es ist daher Pflicht jedes Arbeitgebers, welcher Kriegshinterbliebenen beschäftigt, diese soweit als möglich in ihren Stellen zu belassen, denn die Kriegswitwen sind darauf angewiesen, sich zu erhalten, für ihre Kinder zu sorgen, um in einer geordneten Wirtschaftslage zu bleiben.

mit aus dem Beſten des einzelnen dienen
die Steuerzettel kommen manchem Bürger
zu ſpaß zur Ausübung, das erheißt
Werkſam gemacht wird ſie bringe die Zettel
nehmung benetzte Herr Stadtrentmeiſter
G r o ß, daß die Schuld nicht bei ihm liege.
Jedenfalls die Stadt-Steuerrollen noch nicht
wieder zurück, dann ſei auch der Etat noch
nicht genehmigt, und es ſtehe daher noch nicht
feſt, ob die vorgeſetzte Behörde die Zustimmung
legen geſchaffen gebe. Sobald die Unter-
lagen geſchaffen ſeien, würde mit der Ausgabe
der Steuerzettel begonnen werden, woran die
Stadtkeſſel wegen der Finanzierung das größte
Mißſtan, das in dieſem Jahre durch die ver-
besserte Verabſchiedung des Etats, veranlaßt
die Steuerzettel auszuſtehen, die Unterlagen für
die Steuerzettel auch ſpäter geſchaffen wurden
gäbe die Steuerzettel wieder eine verbeſſerte Aus-
gabe der Steuerzettel bedingen, ſo möchten wir
hinzuweiſen auch nicht vergeſſen, darauf
zuweiſen, wie ſchwer und wie unangenehm
nachher für die meiſten Steuerzahler ſei, wenn ſie
Schwern entrichten müßten. Dieſes möge die
Stadtverwaltung doch für die Zukunft berück-
ſichtigen.

den Amtsante Anna-Ramen, 11. Juni.
 (Amsterversammlung.) Nachdem das in der letzten
 Amsterversammlung neu aufgestellte Orts-
 raten, betreffend die Zahl der Amtsverord-
 nungen, seine Genehmigung gefunden hatte, fand
 am 7. Juni 1919 im Saale des Hotels Strube
 die Einführung der neu gewählten Verordneten
 statt, womit gleichzeitig auch die Wahl der
 neuen Amtsverordneten und die Wahl der
 Amtsverordneten zum Kreistage vorgenommen
 wurde. Die Verammlung, die unter dem Vor-
 sitze des Amtmanns Gehnhauss stattfand, be-
 stand nach dem neuen Ortsstatut aus 44 Mit-
 gliedern, während es bislang nur 34 waren.
 Die neu gewählten Amtsverordneten Schulze-
 Klein-Gemmerde, Geh-Süßner, Peters und
 Schott-Herren-Weide, Hübner-Maffien und Till-
 mann-Meßner (4 Herren waren nicht erschienen)
 wurden vom Amtmann in ihre Ämter eingeführt
 und durch Handhabe verpflichtet. Da nur 1
 Amtsverordnete zum Ergänzungswahlvorschlag für die
 Amtsverordneten zum Kreistag vorgelassen
 wurden demzufolge nur auf diesen Wahl-
 vorgeschlag Stimmen abgegeben. Es wurden fol-
 gende Herren gewählt: Wahlvorschlag: 1. Hof-
 mann, 2. Schönfelder-Herren-Weide, 3. Koch-
 mann, 4. Bindemann-Affrede, 5. Schulze-
 Klein-Gemmerde, 6. Elertmann-Maffien, 7.

Westd., 3. Schulze-Mden-Oberaden, 4. Müll-
mann-Mfserde, 5. Post-Pütern, 6. Denning-
haus-Pütern, 7. Goeck-Weddinghofen. Die
nächste Amtsversammlung wird in Ramen abge-
halten werden

Oberau, 11. Juni. Unerlaubte Früchtmunden am besten, so dachte auch ein Bräutigam von hier, der sich zu seiner Hochzeit ein Kalb besorgte und dieses ohne Genehmigung heimlich schlachtete. Die Hochzeitsgäste konnten aber nicht reinen Mund halten, sodas schließlich hierbon die Polizei erfuhr.

Bormund, 10. Juni. (Verschiedenes.) Nagels wurde der Einbrecher Karl Briedenheimer von einem Kofen der Sicherheitswehr bei einem Diebstahl verhaftet. Als er abgeführt werden sollte, unternahm er einen Fluchtversuch und wurde von den Wachmannschaften an der Gefangen. — In einer alten Steinbrunn der Gde Tremontalste und Peterweg liefen mit dem 5. b. M. täglich Wagen mit größeren Mengen verdorbener Kartoffeln ein. Als dieses in der Nachbarschaft bekannt wurde, verurtheilte man, die Wagen zu flürmen und sich die noch nicht verfaulten Kartoffeln ohne weiteres anzueignen. Der aufständische Arbeiter konnte, der ankommenden Menge nicht Herr werden, so daß eine Abspaltung der Sicherheitswehr telephonisch herbeigeholt werden mußte. Diese wurden von den Flürmern mit Revolverkugeln in Empfang genommen. Weil der Abwehr wurde der Fahrer Erik Säbner durch einen Schuß in den Kopf schwer durchverwundet. Die Sicherheitsmannschaften sind jetzt zurückgezogen.

Privatindustrialisierung statt Sozialisierung.

Die mit den modernsten Tank-Bohlen-

Die Wasseranlagen können voll zum Bau und zur Reparatur von Schiffen aller Art, wie auch zum sonstigen Maschinenbau (Motormotoren usw.) ausgenutzt werden. Die modernen Kohlenanlagen gestatten, daß im größtmöglichen Umfange der Kohlenimport u. v. w. über Wilhelmshaven geleitet werden kann. Die großen Marinestankanlagen ermöglichen, daß Wilhelmshaven für die Einfuhr von Del und Petroleum der Hauptkabelstadt wird. Infolge der im Friedensvertrag vorgesehenen Befreiung der Tarifbeschlagnahmen wird die Industrie in Zukunft erheblich stärker sich an der Küste ausbreiten können, und findet sie hier ein an sich durchaus geeignetes Gelände. Schon vor einigen Tagen sagte gerade in den Kreisen der Schwerindustrie der Wunsch auf, sich von Rotterdam unabhängig zu machen, die großen Produktionsmittel einfach nach dem Meer zu verfrachten.

Eine halbe Stunde später kam Alleben im Besuchsanzug aus seiner Wohnung im ersten Stock zum Erdgeschoß hinab.

ein solcher Kanal, der bequem mit 100-Tonnen-Schiffe und darüber zu besetzen sein würde, hierzulande könnte. Durch den Anstieg der Bramsche wäre auch eine Verbindung mit dem Mittellandkanal gegeben, die Abhängigkeit von Holland wäre beseitigt und der Verdienst bliebe im Inlande. Dieses Projekt ist sogar noch besonders zu fördern aus der Erwägung heraus, daß wir in Zukunft im weltlich größtem Umfang von bisher, Erze vom Ausland (Norwegen, Spanien usw.) beziehen müssen. Eine besondere und teure Schienenanlage, wie im Projekt Bremen-Bramsche fällt fort, weil sie hier schon vorhanden ist. Das Fahrwasser der Jade ist auch bedeutend günstiger, als das der Weser, es besteht durchweg eine Fahrriefe von 8-9 Metern. Eine Leichterung, wie auf der Weser, käme also bis zum Kanal nicht in Frage.

Die Monarchiefrage im schwedischen Parlament.

am Freitag, den 13. Juni, auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsdele erfolgen. Ihre Grabstätte wird neben Karl Liebknecht liegen, der inmitten der im Januar Gefallenen ruht. Die Zeitung der kommunistischen Partei will sich mit einem Aufruf an das Proletariat Deutschlands und der ganzen Welt wenden, um diesen Tag zu einem Feiertag zu machen.

Gerbillische Truppen haben die Ban-

Eine Delegation des internationalen Roten Kreuzes ist am 5. 6. von Genf nach Athen und Saloniki abgereist, um die Lage der Kriegsgefangenen in der Mittelmächte in Griechenland und Mazedonien zu untersuchen und ihnen finanzielle Hilfe zu bringen.

Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

Gemeinden überlassen bleiben müsse, ob sie neben ihrer eigenen Tätigkeit auch noch eine Kontrolle durch die Arbeiter-Räte haben wollten, eine solche Kontrolle widerspreche aber dem demokratischen Prinzip. Auch der Reichsfinanzminister erklärte in einer Konferenz in Bochum gesagt, daß der Abbau der Sicherheitswehren im Interesse der Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden alsbald erfolgen müsse. Nach diesen Erklärungen der Regierungsbereitete legt es also in dem Belieben unserer Stadtbäter, ob wir uns in Namen die sicherlich nicht unerheblichen Ausgaben für Arbeiter-Rat und Sicherheitswehr noch weiter leisten sollen. Unsere Stadtbäter haben also die Pflicht, sich baldigt darüber schlüssig zu werden, ob sie mit Rücksicht auf die erhebliche finanzielle Belastung der Stadt diese Ausgaben noch weiter bewilligen wollen. Am besten wäre es, wenn der Arbeiter-Rat und Sicherheitswehr freiwillig abhandeln, wie sie es z. B. in Unna und Kassel getan haben. Den kleineren Steuerzahlern, wäre damit ein großer Dienst erwiesen. Damit die in der Lage wären, dies gebührend zu würdigen, und dadurch die Einkünfte zu vermindern, ist

„Wollen Sie die Güte haben, Platz zu nehmen,“
sagte sie mit etwas unsicherer Stimme. „Ich glaube,
wir machen uns gleich ein wenig miteinander be-

(Eingefandt.)

Von Wilh. Ebminghaus, Seminarist.
Aplerbeck.

Ein neuer Frühling bricht an, ein Frühling in der Natur und ein Frühling im Leben der Völker. Baldur, der junge, der schöne und liebliche Göttersohn, ist auf seinem Siegeszuge durch die Welt. Doch welch ein Gefolge hat er heuete? Wohl ziehen vor ihm her, wie in früheren Jahren, holde Engen und Mädchen

Unsere Jugend ist unsere Hoffnung, ist unsere Sorge und unsere Liebe. Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft und der hat die Welt. Darum, wollen wir die Welt ererben, friedlich ererben, so laßt uns erst die Jugend gewinnen. Die reine, leuchtende lachende Jugend, sie muß uns heissen, die Welt ererben.

Unsere Jugend ist unser Frühling, ist unsere Freude und unsere Sorge. Sie ist unsere Liebe, unser Hoffen und unser Sehnen. Nimmt man uns die Jugend, so nimmt man uns das Leben. Jugend und Frühling, Jugend und Sonne, Jugend und Leben, Jugend und Lachen, aber auch Jugend und Kampf, gehören zusammen. Jugend ist Kampf, ist ein großer, schöner Sieg. Ein Sieg über das Alter, schlechthin, ein Sieg über alles, so da veraltet und verrothet, verschimmelt und wurmsfressig ist in unserem Leben, in unserem Lande und Völkern.

Jugend ist Frühlung, lachender, leuchtender
Frühlung. Heller Sonnenschein, zarter Bald-
blumen-Duft und munteres Plätschern murmel-
nder Bäche und Flüsse, alles das ist Jugend.
Großes Wandern, heiteres Spielen, frohliches
Lachen und Singen, und vieles, vieles mehr.
Alles das ist Jugend, ist Schönheit. Denn
Jugend ist Schönheit, ist Frühlung, ist Sonne.

1. Fortsetzung.

den schlanken Buchenstämmen empor, in deren
grünen Blätterkronen das Licht der scheidenden
Sonne wie ein funkelndes Goldnetz hing.

Die hohle Buchenwunde

... dessen derbe Schlichtheit noch in die farge
In fcharfem Bogen fuhr der Wagen die ge-
plattete Rampe empor.



Ein Diener in einfacher grüner Livree erwartete ihn in der großen Türe, die geräumig wie

Der ungeheure Haufen stieg auf und umtönte die
 Lobenswürdigste nur ein paar einfache Korbmöbel im
 Biedermeierstil enthielt, und verschwand dann im
 anstehenden Zimmer, um ihn der Schlossherrin an-
 zusehen.

ing der Bild über die Stimmengänge einer Veranda
auf die massigen Laubtronen eines Parkes hinaus,
die gleich dunkelgrawtigen Mauern in das ver-
bläulende Himmelsblau ragten. —
„Herr von Mleben, seien Sie mir herzlich

„Ich habe die Ehre, Frau Baronin, mich zum

kennt. Ich weiß ja eigentlich nichts weiter über Sie, als was mir die Landbank durch Herrn von Wasseritz heute morgen ganz kurz geschrieben hat. Sie kommen aus Argentinien?"

Ti Baronin bewegte in leiser Abtheil die Hand.

„Sie werden in Bahlowitz ein reiches Arbeitsfeld finden, fuhr die Baronin lebhaft fort. „Mein

wurde. Und mein alter Amtmann Wartentin ist wohl ein sehr tüchtiger Landwirt, aber einem kaufmännischen Großbetrieb mit Brennerrei und Dampf-

Sie war bei diesen Worten zu ihrem Schreibtisch getreten und breitete auf der geräumigen Platte eine Reihe von Karten und Plänen aus, aus denen

Mit steigendem Interesse beobachtete er heimlich ihr feines Gesicht, das sich im Lichte des Vor-
 nachmittags mit einem warmen Glanz überzog.

enlich. „Ich glaube, die Bewirtschaftung des
utes dürfte bei der gnädigen Frau selbst in den
sten Händen ruhen.“

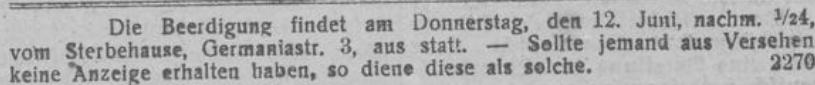
Die Baronin lächelte.

„Ich bin ein richtiges Hauskind und ich bin
zu Hause.“

„Uhr ziehend. „Und frage mit keinem Wort
ich gewiß müde und hungrig sein von der an-
stehenden Reise und das Abendbrot wartet sicher-

2274

begl. Vertreter von
Pastor Fettes Heilweise
Anna, Bahnhofstraße 49
 Sprechstunden: Dienstags und Freitags
 von 9 bis 6 Uhr. 2



Hugo Jacoby, Westär.

8.] Der Amtmann: 209